Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 83 (1996)
Heft: 9

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blickpunkt Kantone

Aargau

Massnahmen im Aargau zur Lehrstellensituation

Erziehungsdirektor Peter Wertli hat sich als Verantwortlicher für die Berufsbildung mit Vertretungen der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), des Gewerbeverbandes und der Gewerkschaften getroffen, um sich über die Situation auf dem Lehrstellenmarkt zu orientieren und die Zusammenarbeit zu suchen. Dabei stellten Mitarbeiter des Erziehungsdepartementes (ED) und des kantonalen Industrie-, Gewerbe- und Arbeitsamtes (Kiga) eine ganze Reihe von Sofortmassnahmen vor: Ausbau der Schule für Berufsbildung, Berufsmatura im Anschluss an eine Lehre, Beschäftigungsprogramm für lehrstellenlose Jugendliche und eine Umfrage beim letzten Jahrgang der Volksschule.

Pressemitteilung

Bern

Schweizerische Jugendpolitik – Perspektiven für die Zukunft

Die Bieler Jugendtagung wird jedes Frühjahr von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen durchgeführt und ist für Fachleute aus Bund, Kantonen und Gemeinden zu einer wichtigen Weiterbildungsveranstaltung geworden. Im Mittelpunkt des diesjährigen Anlasses stand die Frage nach dem Wandel und nach den Perspektiven einer Jugendpolitik.

Bundesrätin Ruth Dreifuss, als Vorsteherin des Departementes des Innern oberste Verantwortliche der eidgenössischen Jugendpolitik, nahm am Freitagnachmittag an der Tagung teil und äusserte sich in einem Referat zu den von den Anwesenden aus Jugendorganisationen, Verbänden, Jugendparlamenten, Kantonen und Gemeinden vorgetragenen Thesen und Anliegen und nahm Stellung zur zukünftigen Jugendpolitik des Bundes: Sie befürworte eine vermehrte Partizipation der Jugend an politischen Entscheidungsprozessen, erklärte die Bundesrätin und sprach sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen aus, welche eine Beteiligung der Jugendlichen auf kommunaler und kantonaler Ebene ermögliche. Sie bezeichnete die schweizerische Jugendpolitik als Herausforderung für die Zukunft und schloss mit der Bemerkung, dass unsere Jugend mehr als nur Lippenbekenntnisse verdiene.

Pressetext

Wo die Regierung 300 Millionen Franken einsparen will

Bauern, Eltern von Schulkindern, Subventionsempfänger, Hausbesitzer, Staatspersonal: Sie alle sind von Massnahmen betroffen, welche die Berner Regierung beschlossen hat und welche das Staatsdefizit um 300 Millionen Franken verringern sollen.

Wenige Stunden vor Beginn der Demonstration des Staatspersonals gab der Regierungsrat bekannt, dass er nun vollziehen will, was er im März angekündigt hatte. Er hat die Verwaltung beauftragt, Verzichte und Optimierungen bei der Aufgabenerfüllung umzusetzen, welche bis ins Jahr 1999 eine Verminderung des Defizits in der Staatsrechnung um 300 Millionen Franken bewirken sollen. Beim Kantonspersonal, der Lehrerschaft und dem Personal von subventionierten Betrieben führt dies zu einem Abbau um rund 1000 Stellen.

‹BZ›, 6.6.96

Maturitätsanerkennung bleibt bestehen

Dem Kanton Bern droht wegen seiner neuen gymnasialen Ausbildung kein Entzug der Anerkennung bernischer Maturitätsausweise auf eidgenössischer Ebene. Dies geht aus der Antwort des Bundesrates auf eine Interpellation von Nationalrat Markus Ruf hervor.

Ruf begründete seinen Vorstoss mit der Annahme einer Motion zum Beginn des gymnasialen Unterrichts durch den bernischen Grossen Rat im Mai. Das Kantonsparlament kam darin den ländlichen Sekundarschulen entgegen und will erlauben, dass die gymnasialen Schwerpunktfächer erst im 10. Schuljahr beginnen.

Dass damit der eigentliche gymnasiale Unterricht auf drei Jahre verkürzt wird, vermag den Bundesrat indes nicht zu beunruhigen, auch wenn im Maturitätsanerkennungsreglement von einer vierjährigen Ausbildung die Rede ist. Dies sei zugelassen, wenn auf der vorhergehenden Sekundarstufe eine gymnasiale Vorbildung erfolge.

‹Bund›, 29.6.96

Graubünden

Förderung der Mehrsprachigkeit in Graubünden

In Graubünden soll gemäss dem Vorschlag der Kantonsregierung auch in den deutschsprachigen Primarschulen der Unterricht einer im Kanton gesprochenen Zweitsprache als Obligatorium eingeführt werden. Bisher war eine Fremdsprache – Deutsch – im dreisprachigen Kanton einzig für Unterstufenschüler romanischer und italienischer Muttersprache Pflichtfach. Mit dem neuen Zweisprachenkonzept soll primär auch das gegenseitige Verständnis zwischen den drei Sprachgruppen Graubündens gefördert werden.

‹NZZ›, 6.6.96

Nidwalden

Ein zweiter schulfreier Nachmittag für die 2. Primarklasse?

Die Nidwaldner Erziehungskommission hat den Antrag eines Schulhausteams behandelt, das längere Blockzeiten einführen möchte, hierfür jedoch in der 2. Primarklasse einen zusätzlichen unterrichtsfreien Nachmittag für die Schülerinnen und Schüler einsetzen will. Die Erziehungskommission hat einer versuchsweisen Erprobung einer solchen erweiterten Blockzeitenlösung zugestimmt.

Neugestaltung der Unterstufe der kantonalen Mittelschule

Im Zuge der geplanten Mittelschulreform (Verkürzung der Mittelschuldauer auf 6 Jahre, Umsetzung der neuen Anerkennungsregelung der Maturität MAR) hat sich die Mittelschulkommission an ihrer Sitzung vom 10. Mai 1996 mit der Gestaltung der Unterstufe der Mittelschule und den Übertrittsmöglichkeiten aus der Primarschule und der Orientierungsstufe befasst. Sie hat sich dabei grundsätzlich für ein Modell ausgesprochen und beschlossen, dieses in eine Vernehmlassung zu geben.

Schulblatt OW/NW 3/96

Tessin

Scuola media – die einheitliche Oberstufe hat sich im Tessin durchgesetzt

Das Tessin hat als einziger Kanton die einheitliche Oberstufe konsequent verwirklicht, und zwar bereits seit 1976.

Früher folgten auf die fünf Jahre Primarschule drei weitere Primarklassen oder das Progymnasium. Viele Lehrer, Eltern und Politiker empfanden diese Aufteilung als überlebt und diskriminierend. Im Aufbruch der 60er Jahre entwarfen Reformer die einheitliche Oberstufe.

Die Kritik rechtsbürgerlicher Kreise an der «Gleichmacherschule» ist verstummt. Das Prinzip der einheitlichen Oberstufe wird heute kaum mehr in Frage gestellt. Die Befürchtung, wonach der neue Schultyp das Ausbildungsniveau senke, widerlegt Dario Bernasconi, Vizerektor der Scuola media in Camignolo. Die Zahl der Burschen und Mädchen, die nach dem Obligatorium weiterführende Schulen besuchen, sei deutlich gestiegen, und das Tessin habe nach Genf den höchsten Anteil Jugendlicher, welche die Maturitätsprüfung bestehen.

Trotz Erfolgen wird die Scuola media laufend angepasst. So ist vorgesehen, den einzelnen Schulen mehr Spielraum für die Gestaltung des Unterrichts zu geben.

‹TA›, 7.6.96

Zug

Änderung des Reglements über die Promotion

Der Erziehungsrat beschloss eine Änderung des Reglements über die Promotion an den öffentlichen Schulen. Dabei geht es um die Vollzugsbestimmungen zur Einführung der neuen Schülerinnen- und Schülerbeurteilung, die vorsieht, dass inskünftig in der 1. bis 3. Primarklasse die Schülerinnen und Schüler zwar zu beurteilen, ihnen aber keine Noten zu erteilen sind. Für die 1. bis 3. Primarklasse ist festgehalten, dass Eltern und ihr Kind über die Leistungsanforderungen, die Leistungserfüllung, den Lernfortschritt, die Leistungsentwicklung sowie die Selbst- und Sozialkompetenz zu orientieren sind. Für die 4. bis 6. Primarklasse ist festgehalten, in welchen Fächern Noten zu erteilen sind und dass vor den Sportferien ein Elterngespräch zu führen ist, in welchem die Eltern und ihr Kind über die Leistungserfüllung und den Lernerfolg zu orientieren sind. Für die Sekundarstufe I der gemeindlichen Schulen ist detailliert festgehalten, in welchen Pflicht- und Wahlfächern Noten zu erteilen sind. Ebenso ist die Promotion an der Real- und Sekundarschule geregelt.

Zuger Schulinformation 2/96

Zürich

Kantonale Vorgaben zur Umsetzung der neuen Maturitätsanerkennungsregelung an den Zürcher Mittelschulen

Der Bundesrat und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren haben Anfang 1995 eine neue Regelung für die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR) erlassen, welche die

Kantone innerhalb einer Frist von acht Jahren umsetzen müssen. Für die Zürcher Maturitätsschulen hat der Erziehungsrat nun als Rahmenbedingungen für die Realisierung kantonale Vorgaben beschlossen. Diese beruhen auf Vorschlägen einer Kommission und den Ergebnissen des dazu durchgeführten Vernehmlassungsverfahren.

Zu wenig Lehrkräfte für die Volksschule

An der Volksschule des Kantons Zürich besteht nach wie vor ein Mangel an Lehrern und Lehrerinnen. Auf den Anfang des Schuljahres 1996/97 sind derzeit 75 Lehrstellen noch unbesetzt. Auf der Primarschulstufe warten 40 Abteilungen, davon mehr als die Hälfte Sonderklassenabteilungen, auf der Oberstufe (Sekundar-, Real- und Oberschule) noch 35 Abteilungen auf einen Klassenlehrer oder eine Klassenlehrerin. Im letzten Jahr waren zur gleichen Zeit 73 Lehrstellen noch unbesetzt.

Pressemitteilung

Wieder Schulgelder an Mittelschulen?

Der Regierungsrat will die Schulgelder für den Besuch von Mittelschulen, die 1960 abgeschafft wurden, wieder einführen. Das Vorhaben wurde bereits vor einiger Zeit als eine der Massnahmen zur Haushaltsanierung angekündigt; jetzt unterbreitet der Regierungsrat dem Kantonsrat die entsprechende Gesetzesvorlage. Wie die Kantonale Informationsstelle mitteilt, sollen mit Änderungen des Unterrichtsgesetzes und des Lehrerbildungsgesetzes die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass von allen Studierenden an den kantonalen Mittelschulen und den Seminaren Schulgelder erhoben werden können. Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Kanton Zürich sollen an den Gymnasien allerdings erst vom 10. Schuljahr an Schulgeld entrichten müssen, damit während der neunjährigen obligatorischen Schulzeit auch der Unterricht an den unteren Gymnasialklassen unentgeltlich bleibt. (Gemäss Bundesverfassung sind die Kantone verpflichtet, für einen unentgeltlichen Primarunterricht zu sorgen; dem trägt der Kanton Zürich mit der unentgeltlichen Volksschule Rechnung.)

‹NZZ›, 9.5.96

Beat Brandenberg

Schlaglicht

Analphabetismus

Auf dem Waffenplatz Freiburg startet diesen Sommer ein Ausbildungsprojekt für Rekruten, die Mühe mit Lesen und Schreiben haben. Während zehn Wochen finden jeweils am Freitagabend vier Stunden Unterricht statt, damit die Betroffenen die RS nicht mit diesem Handicap beenden müssen. «ap», 5. Juli 1996.

Vor einem halben Jahr war die Schweiz schokkiert über den OECD-Bericht, der 15 Prozent der Bevölkerung hier Schwierigkeiten in den Grundfertigkeiten Lesen und Rechnen attestierte. Von der Agenturmeldung über den Nachhilfeunterricht in Lesen und Schreiben in einer diesjährigen Sommer-RS wird dagegen kaum Notiz genommen. Dabei ist die Meldung nicht weniger sensationell. Je länger man sich die Sache nämlich überlegt, umso mehr beeindruckt die zugrundeliegende Pragmatik. Hier ist offensichtlich ein Mangel erkannt und vor allem auch anerkannt worden, der jetzt ohne viel Aufhebens, so gut es eben geht, behoben werden soll. Zudem werden es die Rekruten danken, dass sie ohne beschämende Publizität auskommen dürfen.

Denn mit Entrüstung oder Mitleid ist niemandem geholfen. Und wenn man schon die guten – gemeint wohl gebildeten – alten Zeiten bemühen will, soll daran erinnert werden, dass es schon früher viele Dumme gab, bloss dass die den Alltag besser bewältigen konnten, ohne lesen zu müssen. Bei uns dagegen kann schon ein Billettkauf zu einer peinlichen bis erniedrigenden Situation führen. Denn, wo es einmal auch im letzten Kaff noch eine bediente Station gab, steht jetzt ein Automat. Um den zu bedienen, sind bald nicht nur Lese-, sondern sogar Computerkenntnisse vorausgesetzt.

Wahrscheinlich sind also nicht wir dümmer, sondern ist unsere Umwelt unerbittlicher geworden.